Landeshauptstadt Magdeburg
Der Oberbürgermeister

Magdeburg, 04.09.20

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/011(VII)/20			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 16.06.2020	Altes Rathaus, Hansesaal	17:00Uhr	19:25Uhr

<u>Tagesordnung:</u>

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

2 Bestätigung der Tagesordnung

3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.05.2020

4 Anträge

4.1 LGBTI-freie Zone in Radom? – Nicht mit Magdeburg A0065/20

4.1.1 LGBTI-freie Zone in Radom? - Nicht mit Magdeburg A0065/20/1

4.1.2 LGBTI-freie Zone in Radom? – Nicht mit Magdeburg S0180/20

4.2 Schwimmunterricht schon in der Kita ermöglichen A0285/19

4.2.1 Schwimmunterricht schon in der Kita ermöglichen A0285/19/1

4.2.2	Schwimmunterricht schon in der Kita ermöglichen	A0285/19/2
4.2.3	Schwimmunterricht schon in der Kita ermöglichen	S0098/20
4.3	Straßennamenschilder für Sehbehinderte	A0001/20
4.3.1	Straßennamenschilder für Sehbehinderte	S0070/20
5	Informationen	
5.1	Stadtteilreport 2019	I0106/20
5.2	Information zur Berichterstattung der Integrationsbeauftragten 2019	I0140/20
6	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r
Nadja Lösch
Mitglieder des Gremiums
Oliver Kirchner
Julia Mayer-Buch
Manuel Rupsch
Evelin Schulz
Carola Schumann
Vertreter
Christian Hausmann
Sachkundige Einwohner/innen
Nicole Anger
Peter Uhlmann
Geschäftsführung
Heike Ponitka
Daniela Diestelberg
Natalie Schoof

Abwesend - entschuldigt
Julia Brandt
Abwesend - unentschuldigt
Franziska Briese

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, **Stadträtin Lösch**, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Stadträtin Lösch fragt nach, ob die Anwesenden damit einverstanden, wenn der TO-Punkt Verschiedenes vorgezogen wird und dieser nach der DS LGBTI Radom besprochen wird. Die Punkte, Elternbefragung und Kommunikation Corona, die sie besprechen möchte, betreffen den OB-Bereich, so dass **Herr Ruddies** die Anfrage/Informationen mitnehmen bzw. gleich selber beantworten kann.

Stadtrat Rupsch möchte wissen, warum der Antrag/Stellungnahme „Straßennamenschilder für Sehbehinderte“ schon wieder auf der TO steht? Dies sollte erst besprochen werden, wenn der*die neue Behindertenbeauftragter*Behindertenbeauftragte den Dienst aufgenommen hat. Und warum, zu der Anfrage von Stadträtin Lösch zu Corona nicht Herr Dr. Hennig, Leiter Gesundheitsamt, eingeladen wurde?

Frau Ponitka und **Frau Schoof**, Gleichstellungsamt, erklären, dass in der letzten Sitzung beschlossen wurde, ein Mitglied der AG Menschen mit Behinderungen einzuladen um die Thematik neu zu besprechen. **Herr Pischner**, ehem. Behindertenbeauftragter, ist Mitglied in dieser AG und hat sich bereit erklärt, zur Thematik zu sprechen.
Stadträtin Mayer-Buch ist als Vertreterin der einbringenden Fraktion mit **Herrn Pischner** einverstanden.

Zu der Frage, warum **Herr Dr. Hennig** nicht eingeladen wurde, erklärt **Stadträtin Lösch**, dass sie keine Frage zu den Fallzahlen an sich hat, sondern wie diese, seitens der Stadt, kommuniziert werden.

Abstimmung Änderung TO: 4-3-0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.05.2020

Bestätigung der NS: **1-0-6**

4. Anträge

4.1. LGBTI-freie Zone in Radom? – Nicht mit Magdeburg
Vorlage: A0065/20

Stadträtin Mayer-Buch erklärt, dass es wichtig ist, mit der Stadt Radom zu kommunizieren, so dass sich nicht noch andere Städte der „LGBTI freien Zone“ anschließen und die Stadt Magdeburg eine deutliche Positionierung zu diesem Thema vertritt.

Stadtrat Kirchner ist der Meinung, dass dies der Stadt Magdeburg zu steht und ist sich unsicher, ob es denn überhaupt LGBTI-Leute in Radom gibt.
In Sachsen-Anhalt gibt es z.B. kaum Angriffe. Warum sollte man dafür Geld ausgeben?

Stadträtin Schumann weist darauf hin, dass die Stadt Magdeburg gegenüber Radom freundschaftlich verbunden ist und man daher auch diplomatischer mit ihnen kommunizieren sollte, als es in der Stellungnahme geschrieben ist.

Herr Ruddies, Leiter BOB, erklärt, dass die Stellungnahme extra kurzgehalten wurde. Zwischenzeitlich sind verschiedene Briefe z.B. ein Brief aus Warschau an den Stadtratsvorsitzenden und auch ein Offener Brief vom Städtetag, auf dem Städte unterzeichnen können, eingegangen.
Welche Konsequenz nach Radom geendet werden soll, ist eine politische Entscheidung.

Stadtrat Hausmann ist der Meinung, dass die Stellungnahme diplomatisch gehalten ist und es auch in Ordnung ist, Freunde bzw. Nachbarn an die bestehenden EU-Rechte zu erinnern und deutlich zu machen, dass eine Diskriminierung nicht in Ordnung ist.

Auch **Frau Ponitka**, Gleichstellungsbeauftragte, findet es wichtig, dass Kontakt mit er Partnerstadt aufgenommen wird, um eine klare Positionierung vorzunehmen. Sie berichtet, dass der LSVD e.V. einen Brief an alle Oberbürgermeister*innen in Deutschland gesendet haben, die eine Städtepartnerschaft mit einer polnischen Stadt haben, mit der Aufforderung eine klare Positionierung vorzunehmen.

Stadtrat Kirchner ist der Ansicht, dass man die Meinung eines anderen Landes akzeptieren muss und sich nicht einmischen sollte.

Die Anwesenden diskutieren ausführlich zu der Thematik, ob und wie Kontakt mit der polnischen Partnerstadt aufgenommen werden soll.

Abstimmung:

Änderungsantrag: **2-1-4**

4.1.1. LGBTI-freie Zone in Radom? - Nicht mit Magdeburg
Vorlage: A0065/20/1

Antrag: **geändert empfohlen**

4.1.2. LGBTI-freie Zone in Radom? – Nicht mit Magdeburg
Vorlage: S0180/20

Stellungnahme: **zur Kenntnis genommen**

4.2. Schwimmunterricht schon in der Kita ermöglichen
Vorlage: A0285/19

Stadtrat Kumpf bringt den Antrag ein.
Er berichtet, dass der Antrag bereits in anderen Ausschüssen besprochen wurde und die Anregungen in Änderungsanträgen aufgenommen hat.
Daher schlägt er in einem ÄA vor, 2021 ein Pilotprojekt zu starten, das beinhaltet, dass die Kitas bei der Organisation unterstützte werden. In Brandenburg gibt es bereits so ein Projekt. Er bittet die Anwesenden thematisch abzustimmen und nicht ideologisch.

Herr Matz, FB Schule und Sport, hält an der Stellungnahme fest.
Pro Woche stehen 74 Wasserstunden zur Verfügung. Davon 60 Stunden der Stadt und 14 Stunden für Kitas. Wenn Kitas die Hallen nutzen, können nur noch Vereine die Hallen nutzen, weil diese dann die Wasseraufsicht haben. Grundsätzlich können sie die Eltern nicht zwingen, die Kurse zu nutzen. Im Vergleich zu anderen Städten hat Magdeburg auf die Personenanzahl gerechnet die größte Wasserfläche zur Verfügung.

Stadträtin Schulz fragt nach, ob dies ausreichend ist? Die Dynamoschwimmhalle ist oft geschlossen bzw. ab 16 Uhr gesperrt, da dann Vereine die Halle nutzen. Aber gerade Eltern können oftmals erst nach 16 Uhr.

Stadträtin Schumann findet auch, dass Kinder frühzeitig schwimmen lernen sollten. Die Angebote sind den Kitas bekannt. Schwierig ist die Begleitung der Kinder.
Diesem stimmt **Herr Matz**, FB Schule und Sport, zu. Dazu kommt, dass die Kitas nur ein geringes Zeitfenster zwischen Frühstück und Mittagessen zur Verfügung haben. Sind die Hallen weiter von den Kitas entfernt reicht oftmals die Zeit nicht aus.

Die Anwesenden diskutieren ausführlich zu dem Thema.

Stadtrat Kumpf weist mehrmals darauf hin, dass ein Pilotprojekt initiiert werden soll. Nach einem Jahr Testphase kann dies ja ausgewertet werden, um zu schauen, welche Resultate sich daraus ergeben.

Auf Nachfrage von **Stadträtin Lösch**, ob der Änderungsantrag den Ursprungsantrag ersetzen soll, bestätigt dies **Stadtrat Kumpf**.

Abstimmung:

Antrag: **geändert empfohlen**

4.2.1. Schwimmunterricht schon in der Kita ermöglichen
Vorlage: A0285/19/1

ÄA: **geändert empfohlen**

4.2.2. Schwimmunterricht schon in der Kita ermöglichen
Vorlage: A0285/19/2

ÄA: **3-2-1**

4.2.3. Schwimmunterricht schon in der Kita ermöglichen
Vorlage: S0098/20

Stellungnahme: **zur Kenntnis genommen**

4.3. Straßennamenschilder für Sehbehinderte
Vorlage: A0001/20

Herr Mentzel, Tiefbauamt, zeigt exemplarisch an einem Beispielschild, wie dieses aussehen könnte.Er erklärt, dass ein normales Straßenschild ungefähr in der Höhe von 2.20 m – 2.50 m angebracht ist. Das ergänzende Schild müsste in einer Höhe von ca. 1.40 m angebracht werden. Dies birgt dann aber auch eine Unfallgefahr.

Herr Pischner, ehem. Behindertenbeauftragter, erklärt, dass das ergänzende Schild auch in der AG „Menschen mit Behinderungen“ vorgestellt wurde. Aus der AG heraus wurde das Schild nicht befürwortet, auch deshalb, weil Menschen mit Behinderungen diese Schilder nicht vorrangig benötigen. Wichtiger ist der Ausbau der akustischen Ampeln, da erst ca. die hälft der Ampeln dafür ausgebaut sind. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass es in öffentlichen Gebäuden tastbare Pläne und Zimmernummern gibt, damit sich auch Sehbehinderte bzw. Menschen allein zurechtfinden.

In Magdeburg gibt es ca. 300 blinde Personen und diese müssten die Zusatzschilder dann auch erstmal finden. In der Innenstadt könnten die Schilder für touristische Zwecke von Interesse sein.

Stadtrat Hausmann, ist dafür, an zentralen touristischen Punkte die Zusatzschilder anzubringen.

Frau Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte, nimmt die genannten Vorschläge für öffentliche Gebäude mit in die AG „Innovationsmanagement“.

Abstimmung:

Antrag: **0-3-3**

4.3.1. Straßennamenschilder für Sehbehinderte
Vorlage: S0070/20

Stellungnahme: **zur Kenntnis genommen**

5. Informationen

5.1. Stadtteilreport 2019
Vorlage: I0106/20

Herr Gottschalk, Stabsstelle V/02, bringt die Information ein.
Er erklärt, dass der Report eine relative Abbildung darstellt, so können Entwicklungsbedarfe in den einzelnen Stadtteilen dargestellt werden. Die Dringlichkeit der Bedarfe wird durch ein Ampelsystem aufgezeigt.

Die Informationen aus dem Report können vielseitig genutzt werden. So fragen z.B. auch Wohnungsanbieter nach diesen an und nutzen die Ergebnisse für ihre Planungen.

Stadträtin Lösch erkundigt sich, welche Bedarfe es z.B. im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe in Rothensee erkennbar sind?
Herr Gottschalk erklärt, dass der Report so nicht funktioniert. Die Ergebnisse können bei Planungen als Entscheidungshilfen genutzt werden z.B. bei räumlichen Planungen.

Stadträtin Schumann lobt die viele Mühe, die in den Report gesteckt wurde und findet auch das Ampelsystem sehr gut.

Auf die Nachfrage von **Stadträtin Mayer-Buch**, ob denn die Entwicklungen der Stadtteile berücksichtigt bzw. dargestellt werden, erklärt **Herr Gottschalk**, dass dies im Planungsprozess aufgenommen wurde.

Abstimmung:

Information: **zur Kenntnis genommen**

5.2. Information zur Berichterstattung der Integrationsbeauftragten 2019
Vorlage: I0140/20

Herr Coulibaly, Koordinator für Integration/Migration, bringt die Information ein.
Er berichtet, dass die bisherige Integrationsbeauftragte, Frau Ivanova, aus persönlichen Gründen leider keinen ausführlichen Bericht niederschreiben konnte. Daher beschreibt der vorliegende Bericht die allgemeine Situation des Beirates und die Projekte vom Beirat und des Dezernates. Nach den Stadtratswahlen letztes Jahr wurde der neue Integrationsbeauftragte, **Herr Blau**, benannt und der neue Beirat für Integration und Migration bestellt.

6. Verschiedenes

Stadträtin Lösch, berichtet, dass die Stadtverwaltung Magdeburg eine Elternbefragung zur Situation Homeschooling während Corona durchführt, an der Eltern teilnehmen können. Allerdings haben Sie verschiedene Eltern angesprochen mit der Nachfrage, warum bei der Anmeldung die komplette Anschrift mit Email-Adresse und Telefonnummer angegeben werden müssen? Warum nicht anonym?
Die Universität führt eine ähnliche Befragung durch, ohne dass man seine Daten bekanntgeben muss.

Herr Ruddies, BOB, nimmt die Anfrage mit.

Die 2. Nachfrage von **Stadträtin Lösch** betrifft die Kommunikation zu Corona. Zur Zeit sind vermehrt Fälle in Magdeburg aufgetreten. Warum wird dabei immer genannt, dass es Rumänen sind? Dies ist eine Stigmatisierung, vor allem für die Kinder ist dies sehr schlimm.

Stadtrat Rupsch erklärt, dass die schon in der letzten GeSo-Ausschusssitzung Thema war. Es wurden bereits gegenüber Dr. Hennig diesbezüglich Bedenken geäußert.

Diese hatte auch Herr Dr. Hennig geteilt, sagte aber auch, dass sie keinen Einfluss darauf haben, was die Zeitungen z.B. Volksstimme abdrucken. Diese können sie nicht beeinflussen.

Stadträtin Lösch erklärt, dass der Oberbürgermeister bei der Eröffnung des Freiraumlabors selbst die Aussage getroffen hat.

Stadträtin Mayer-Buch fragt, ob es denn notwendig ist einen Personenkreis zu nennen?

Die Stadträte Rupsch und **Hausmann** finden es wichtig, da nur dann die Infektionskette nachvollziehbar ist.

Herr Blau, Integrationsbeauftragter, erklärt, dass auch ein unsensibler Sprachgebrauch diskriminierend ist. In diesem Bereich muss sensibler umgegangen werden.

Auch **Frau Ponitka**, Gleichstellungsbeauftragte, ist der Meinung, dass man hinterfragen sollte, ob diese Information wirklich von Nöten war? Vielleicht hätte es auch gereicht den Ort zu nennen.

Herr Ruddies, BOB, erklärt, dass seitens des OB keine Absicht war, jemanden zu stigmatisieren. Aber die Zusammenhänge müssen transparent und nachvollziehbar sein. Für die Weiterermittlung der Personen(gruppen) bei den Infektionsketten ist dies wichtig.

Frau Anger, sachk. Einwohnerin, weist darauf hin, dass die Horte bei der Kommunikation vergessen wurden. Sie bekamen erst am dem Tag Bescheid, an dem sie schon geschlossen wurden. Dies muss verbessert werden.

Frau Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte, berichtet, dass am 21.8. um 16 Uhr der CSD-Empfang im Rathaus mit vorheriger Fahnenhissung stattfindet und lädt alle dazu ein.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Nadja Lösch	Natalie Schoof
Vorsitzende/r	Schriftführer/in